

## Debatte zur Wirtschaftspolitik

### Aufschwung entschlossen nutzen

**Ein erfreuliches Bild der deutschen Wirtschaft konnte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos am Donnerstag in seiner Regierungserklärung zur aktuellen konjunkturellen Lage zeichnen. Die wichtigsten Botschaften: Die jahrelange Stagnation ist überwunden und Deutschland ist wieder zum Wachstumsmotor Europas geworden.**

Besonders erfreulich ist, dass die deutsche Konjunktur nicht länger allein auf die gute Entwicklung der Weltwirtschaft angewiesen ist, sondern aus eigener Kraft trägt. Auch hat die zur Sanierung des Staatshaushalts notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer den Aufschwung nicht bremsen können.

#### Alle profitieren vom Auschwung

Die zu verzeichnende Zunahme im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um zuletzt weit über 700.000 gegenüber dem Vorjahresmonat und die weiter sinkenden Arbeitslosenzahlen unterstreichen, dass vom Aufschwung alle profitieren. Diese Tendenz wird anhalten. Bis Ende 2008 wird es weniger als 3,5 Millionen Arbeitslose geben und damit der niedrigste Stand seit über 10 Jahren erreicht.

#### Stabilisierung der Lohnzusatzkosten

Beschäftigungspolitisch geboten ist eine Entlastung der Lohnzusatzkosten. Auch hier hält die unionsgeführte Regierungskoalition Wort. Mit der beschlossenen neuerlichen Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung werden die Beitragszahler – trotz unabweislich notwendiger Erhöhungen bei Rente, Gesundheit und Pflege – unter dem Strich weiter entlastet.

#### Haushaltskonsolidierung konsequent fortsetzen

Die Sanierung der Staatsfinanzen ist auf einem guten Weg. Der jüngste Haushaltsentwurf des Bundes für 2008 verdeutlicht den Erfolg. Nach

besorgniserregenden Defiziten zu Beginn des laufenden Jahrzehnts wird der Haushalt 2008 sowohl den Kreditobergrenzen des Grundgesetzes als auch den Vorgaben des Europäischen Stabilitätspaktes gerecht.

Die Rückführung der Defizitquote auf unter ein Prozent ist bereits ein kaum für möglich gehaltener Erfolg. Nun gilt es, die Konsolidierung konsequent fortzusetzen.

#### Ziel heißt: Ausgeglichener Haushalt

Die Sanierung der Staatsfinanzen ist kein Selbstzweck, sondern notwendige Voraussetzung zur Wiedergewinnung jener Spielräume, die zur Finanzierung wichtiger Zukunftsinvestitionen erforderlich sind. Zu nennen sind hier die vereinbarten Maßnahmen im Bereich der Familienpolitik sowie vermehrte Anstrengungen im Bereich der Infrastruktur-Investitionen.

Trotz steigender investiver Ausgaben im Etat 2008 offenbart der dennoch zu verzeichnende Rückgang der Investitionsquote auf 8,2 Prozent das Erfordernis eines Haushalts ohne neue Schulden. Es ist deshalb alles daran zu setzen, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts noch in diesem Jahrzehnt zu erreichen.

Nur so lässt sich auch perspektivisch eine weitere Rückführung der Steuerbelastung erreichen, für die die CSU-Landesgruppe gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos eintritt.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,*

*mit dem Eintritt in die parlamentarische Sommerpause nähern wir uns der Halbzeit dieser Legislaturperiode. Nach knapp zwei Jahren Großer Koalition ziehen wir eine Zwischenbilanz, die sich sehen lassen kann. Unsere Politik unter dem Leitmotiv „Sanieren – Reformieren – Investieren“ hat Erfolg. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt: Es ist gut für unser Land, dass CDU und CSU in Regierungsverantwortung stehen.*

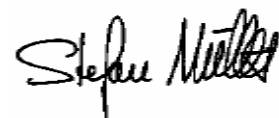


*Besonders deutlich werden unsere Erfolge, wenn wir uns die Ausgangssituation am Ende der rot-grünen Regierung in Erinnerung rufen: Die höchste Arbeitslosigkeit und die höchste Staatsverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik und das schwächste Wirtschaftswachstum in ganz Europa. Und heute? – Wirtschaft und Beschäftigung wachsen so stark wie seit vielen Jahren nicht mehr. Mit 8,8 Prozent ist die Arbeitslosenquote nach über fünf Jahren erstmals wieder unter die 9-Prozent-Marke gesunken. Diese Zahlen beweisen: Wir sind auf dem richtigen Weg.*

*Den Erfolg verdanken wir der guten Konjunkturentwicklung, die mit Beginn der unionsgeführten Bundesregierung eintrat. Die Wirtschaftsexperten in unserem Land korrigieren regelmäßig ihre Konjunkturprognosen nach oben. Der Aufschwung nimmt stetig zu und gibt damit den Unternehmen die Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen.*

*Auf diesen Erfolgen werden wir uns aber nicht ausruhen. Noch gibt es viel zu tun. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg entschlossen fortsetzen. Wir werden dabei umso erfolgreicher sein, je besser es uns gelingt, die Menschen auf unserem Weg mitzunehmen. Hierfür brauchen wir auch Ihre ganz persönliche Unterstützung, um die ich Sie weiterhin bitten möchte.*

*Mit freundlichen Grüßen*



Stefan Müller MdB

## 2./3. Lesung Anti-Doping-Gesetz

# Glaubwürdigkeit des Sports stärken

**Das nunmehr vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport ist ein wichtiger Schritt, um die Strafverfolgung von Dopingtätern zu verbessern und die Dopingbekämpfung in Deutschland weiter voranzubringen. Vorgesehen sind Verschärfungen des Arzneimittelgesetzes, die Einschaltung des Bundeskriminalamtes in die Bekämpfung des organisierten Arzneimittelschmuggels sowie die Kennzeichnungspflicht von im Sport verbotenen Substanzen.**

Im rechtlichen Bereich werden zum einen die Strafen für banden- und gewerbsmäßige Dopingtaten verschärft und die im Bereich der Organisierten Kriminalität erprobten Gewinnabschöpfungen auf Fälle von Dopingmittel-Handel ausgedehnt. Zudem wird erstmals eine Strafbarkeit des Besitzes bestimmter Dopingsubstanzen in nicht geringer Menge vorgesehen. Der Besitz häufig angewendeter und besonders gesundheitsschädlicher Dopingsubstanzen wird dann strafbar, wenn eine geringe Menge überschritten ist und damit der Besitz auf eine Weitergabe der Stoffe deutet.

Damit wird künftig der Besitz bestimmter Mengen von anabolen Steroiden wie Testosteron, von Peptidhormonen wie Epo, Wachstumshormonen sowie Antiöstrogenen unter Strafe gestellt, wenn diese Substanzen für Doping im Sport genutzt werden. Bestraft wird künftig auch derjenige, der seinen Kofferraum voller Dopingsubstanzen hat, ohne dass ihm unmittelbarer Handel nachgewiesen werden muss.

Ebenso wichtig ist die Stärkung der Strafverfolgung durch die Beauftragung des Bundeskriminalamtes, Ermittlungen im internationalen organisierten, illegalen Arzneimittel-

handel durchzuführen. Neben den repressiven Maßnahmen ergänzt die gesetzliche Informationspflicht über mögliche Dopingwirkungen in den Beipackzetteln der Arzneimittel den präventiven Anti-Doping-Kampf.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes geht die Politik nunmehr gemeinsam mit dem Sport gegen Doping vor.

Neben der bewährten Sportgerichtsbarkeit, die auch künftig die Verantwortung der Sportverbände für saubere Wettkämpfe sichern soll, steht nunmehr auch der Staat in der Pflicht zum aktiven Anti-Doping-Kampf.

## Diese Woche

Debatte zur Wirtschaftspolitik  
Aufschwung entschlossen nutzen S. 1

2./3. Lesung Anti-Doping-Gesetz  
Glaubwürdigkeit des Sports stärken S. 2

Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen  
Förderung von Investivlöhnen rückt in greifbare Nähe S. 2

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements  
Weitere Erfolge für Vereine und das Ehrenamt S. 3

Donau-Ausbau  
Bundesregierung will bei EU Fördermittel beantragen S. 3

Europa  
Zustimmung zur EU wächst S. 3

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:  
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders  
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212  
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

## Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen

# Förderung von Investivlöhnen rückt in greifbare Nähe

**Die Chancen steigen, dass die Große Koalition die Beteiligung von Mitarbeitern an ihren Unternehmen stärker fördern wird. Nach dem Investivlohn-Konzept von CDU und CSU sollen Beschäftigte bis zu 1.000 Euro aus ihrem Einkommen pro Jahr steuerbegünstigt als Kapitalbeteiligung anlegen können.**

Mit bis zu 500 Euro jährlich sollen sich nach den Unionsplänen Arbeitnehmer künftig steuer- und sozialabgabefrei an ihrer Firma beteiligen können. Anspruchsberechtigt sollen Beschäftigte mit einem Einkommen bis zu 47.700 Euro sein, was der Versicherungspflichtgrenze der Krankenkassen entspricht.

Darüber hinaus sollen Beschäftigte Teile ihres Bruttolohnes in eine Mitarbeiterbeteiligung umwandeln können. Dieser Lohnanteil soll zwar der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Er soll aber erst besteuert werden, wenn die Beteiligung veräußert wird.

Das von der Unionsarbeitsgruppe erarbeitete Konzept sieht für kleinere

und mittelständische Betriebe zudem die Möglichkeit der Gründung regionaler oder brachenbezogener Fonds für ihre Mitarbeiterbeteiligungen vor.

Anknüpfungspunkt für die Beteiligung sollte aber grundsätzlich das eigene Unternehmen sein und nicht ein anonymer deutschlandweiter Fonds, wie es das SPD-Konzept vorsieht.

Die unterschiedlichen Konzepte von Union und SPD könnten auf der Klausur des Bundeskabinetts Ende August eine Rolle spielen und dann eine Koalitionsarbeitsgruppe eingerichtet werden. Bei gutem Willen aller Beteiligten könnte die Neuregelung dann im Jahr 2009 in Kraft treten.

## Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

### Weitere Erfolge für Vereine und das Ehrenamt

**Ehrenamtliches Engagement verdient gesellschaftlichen Respekt und tatkräftige Unterstützung. Mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements setzt die Große Koalition ein konkretes Zeichen der Anerkennung für die Leistungen der Menschen, die sich neben ihren familiären und beruflichen Verpflichtungen freiwillig in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Die mit dem Gesetz einhergehenden steuerlichen Besserstellungen ehrenamtlicher Tätigkeiten, Spenden und Stiftungen werden rückwirkend zum 1. Januar 2007 gelten.**

Gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf konnten gerade auch Dank des Einsatzes der CSU-Landesgruppe wesentliche Verbesserungen erzielt werden:

Der Spendennachweis gegenüber dem Finanzamt wird erheblich erleichtert: Künftig reicht bei Spenden bis 200 Euro statt einer ausgewiesenen Spendenbescheinigung der Einzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung der Bank. Diese Vereinfachung bedeutet echten Bürokratieabbau. Die Grenze des Spendenabzugs wird auf 20 Prozent

des Einkommens vervierfacht. Die begünstigte Kulturförderung durch Mitgliedsbeiträge wird künftig auch dann vollständig möglich sein, wenn Freikarten gewährt werden.

Ein besonderes Augenmerk erfahren all jene, die sich ehrenamtlich in Vereinen engagieren: Der Übungsleiterfreibetrag wird nochmals aufgestockt und auf 2.100 Euro pro Jahr (bisher 1.848 Euro) angehoben. Zudem wird eine völlig neue Aufwandspauschale in Höhe von maximal 500 Euro eingeführt. Im Rahmen dieses Freibetrags können alle, die

in Vereinen Verantwortung übernehmen, den ihnen entstehenden Aufwand pauschal, d.h. ohne Vorlage von Einzelnachweisen, steuerlich geltend machen. Steuerfrei bleiben damit künftig auch Einnahmen aus bisher nicht erfassten gemeinnützigen Tätigkeiten.

Eine erhebliche Aufwertung erfahren Spenden an Stiftungen. Die Grenze für entsprechende Vermögensspenden wird auf eine Million Euro erhöht und damit mehr als verdreifacht.

## Naturverträglicher Donau-Ausbau

### Bundesregierung will bei EU Fördermittel beantragen

**Die Planung für einen naturverträglichen Ausbau der Donau kann weitergehen. Anlässlich der Debatte über die transeuropäischen Netze im Verkehrsausschuss kündigte Bundesverkehrsminister Tiefensee nunmehr endlich an, bei der EU die entsprechenden Fördermittel zu beantragen.**

Der Abschnitt der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist das letzte Nadelöhr auf der internationalen Wasserstraße vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee. Die Europäische Kommission fordert Deutschland seit langem auf, hier tätig zu werden, um die Warenströme von und nach Osteuropa auf das klimafreundliche Binnenschiff zu verlagern. Bundesverkehrsminister Tiefensee will dieser Aufforderung nunmehr offenbar nachkommen.

Der Deutsche Bundestag hatte bereits 2002 dem Ausbau der Donau grundsätzlich zugestimmt. Mit der Beantragung von Fördermitteln kann jetzt in die konkrete Planung eingestiegen werden. Konkrete Vorentscheidungen über eine bestimmte

Variante zum naturverträglichen Donau-Ausbau sind mit dieser Entscheidung nicht verbunden.

Ohne die variantenneutrale Beantragung von Fördermitteln könnten die Planungen allerdings nicht fortgeführt werden. Endgültige Klarheit über mögliche und machbare Ausbauvarianten wird erst im Planungsprozess selbst geschaffen. Für die hierzu notwendigen Detaildiskussionen bleibt also hinreichend Zeit.

Im vorausgegangenen Raumordnungsverfahren hatte die Genehmigungsbehörde eine Variante bevorzugt, die eine sanfte Stützwelle bei Aicha vorsieht und im Gegensatz zur schiffbaulichen Opimallösung sehr naturverträglich gestaltet ist.

## Europa

### Überwältigende Mehrheit der Deutschen vom Nutzen der EU überzeugt

Zwei Drittel aller Deutschen halten die deutsche Mitgliedschaft in der Europäischen Union für gut. Damit liegt Deutschland deutlich über der EU-weiten Zustimmungquote von 57 Prozent.

Der ansteigende Stimmungstrend in Deutschland dürfte nicht zuletzt Auswirkung der umsichtigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft im letzten Halbjahr sein. Hier ist es allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel trefflich gelungen, dem europäischen Gedanken auch in der eigenen Bevölkerung neue und wichtige Impulse zu verleihen.

Insgesamt hat sich die Zustimmung zur EU in fast allen europäischen Ländern im ersten Halbjahr 2007 erhöht. Lediglich in Tschechien und Lettland sank die Zustimmung deutlich. Die größte Popularität genießt die Europäische Union in den Niederlanden (77 %), Irland (76 %), Luxemburg (74 %) und Spanien (73 %). (Quelle: Eurobarometer 67).